



161 SN-143 ME

Amt der Tiroler Landesregierung

*Telefax**Verfassungsdienst/EU-Recht*

An das
Bundesministerium für
Verkehr, Innovation und Technologie
Radetzkystr. 2
1031 Wien

Dr. Reinhard Biechl
Telefon: 0512/508-2208
Telefax: 0512/508-2205
e-mail: verfassungsdienst@tirol.gv.at.
DVR 0059463

**Vorbereitung von Budgetbegleitgesetzen zum Bundesvoranschlag 2002; Entwurf einer
Novelle zur StVO 1960; Stellungnahme**

Geschäftszahl Präs.II-12/1303
Innsbruck, 12.02.2001
Zu Zl. 167.151/1-II/B/6/01 vom 19. Jänner 2001

Zum übersandten Entwurf einer Novelle zur StVO 1960 wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Tirol spricht sich mit Entschiedenheit gegen die geplante Änderung im § 100 Abs. 10 StVO 1960 aus. Mit 1. Jänner 2001 ist das neue Finanzausgleichsgesetz in Kraft getreten, dem umfangreiche Verhandlungen zwischen den Finanzausgleichspartnern vorangegangen sind. Die gegenständliche Änderung zu Lasten der Straßenerhalter und somit auch der Länder war nicht Gegenstand dieser Verhandlungen. Die beabsichtigte Maßnahme würde einen Eingriff in das Finanzausgleichsgefüge bedeuten, der nicht paktiert ist. Tirol würde jährlich 1,5 Millionen Schilling an Einnahmen verlieren und wäre dadurch nicht mehr in der Lage, zahlreiche dringend notwendige Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit zu realisieren, was nicht im Interesse des Bundes sein kann.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf. (zusätzl. per e-mail)

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme übersandt.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit der Ausfertigung

